

HERR CREMER (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament!

Bevor ich auf die Beschäftigungs- und auf die Bildungspolitik, die in der Regierungserklärung vom vergangenen Montag als zwei wesentliche politische Herausforderungen der neuen Sitzungsperiode dargestellt wurden, etwas näher eingehe, mochte ich einige allgemeine Überlegungen vorwegnehmen. Wenn Ministerpräsident Paasch in der Einleitung zu seiner Regierungserklärung feststellte,

dass diese etwas kurzer ausfallen werde als üblich, dann war dies mit Sicherheit nicht darauf zurückzuführen, dass er weniger mitzuteilen hatte oder der Regierung gar die Ideen abhandengekommen waren. Genau das Gegenteil ist der Fall: Diese Regierungserklärung steht in der Kontinuität der im ersten Umsetzungsplan des Regionalen Entwicklungskonzepts entwickelten politischen Gesamtvision für die Deutschsprachige

Gemeinschaft mit dem Titel „Ostbelgien leben 2025“.

In der Vergangenheit habe ich das REK bereits mehrfach mit einem Masterplan oder mit einem politischen Navigationssystem verglichen. Dieses Politik-Navi, das im Dialog mit vielen Bürgern und Institutionen aus unserer Gemeinschaft erarbeitet und entwickelt wurde, ist ein Garant für eine zielorientierte, effiziente Politikgestaltung. Seit vielen Jahren

folgen diese Mehrheit und diese Regierung einem politischen Kurs, der Schritt für Schritt – immerhin handelt es sich um über 500 Massnahmen – umgesetzt wird. Dabei ist das REK kein in Stein gemeisseltes Dogma. Neue Herausforderungen oder aktuelle politische

Entwicklungen erfordern immer wieder Korrekturen oder die Anpassung der Umsetzungsmassnahmen.

Und die Regierung hat gewiss nicht auf die Pressekonferenz der CSP gewartet, um ein Regierungsprogramm für die kommende Sitzungsperiode zusammenzustellen,

Herr Franzen.

Gerade weil es diese in einem breiten Konsens erarbeitete Gesamtvision für die Zukunftsgestaltung unserer Gemeinschaft gibt, besteht nicht die Gefahr, dass die Regierung vom Kurs abkommt. Niemals in der Geschichte unserer Gemeinschaft ist Politik

so transparent, so kohärent, so zielgerichtet und so nachvollziehbar gestaltet worden wie seit der Festlegung des Regionalen Entwicklungskonzepts im Jahr 2008.

Nicht ohne Grund wurde dieser Regierungserklärung ein Fortschrittsbericht der Arbeitsschritte

beigefügt. Dieser Fortschrittsbericht ermöglicht es allen politischen Akteuren und allen Bürgern, im Detail zu überprüfen, inwieweit die 500 Massnahmen in den 27 Zukunftsprojekten umgesetzt wurden, wo es eventuell Verzögerungen gibt und welches die nächsten Arbeitsschritte sein werden.

Die diesjährige Regierungserklärung kann deshalb kurzer ausfallen, weil sie auf diesem soliden Fundament des REK aufbaut, das nicht jedes Mal erneut im Detail vorgestellt werden muss. Darüber hinaus ist diese Regierungserklärung keineswegs bloss eine vage politische Absichtserklärung, denn spätestens in der Haushaltsdebatte, die in zweieinhalb Monaten an dieser Stelle geführt wird, wird sich zeigen, dass für die Umsetzung dieser Herausforderungen und Massnahmen die erforderlichen Haushaltsmittel vorhanden sind. Was in der Regierungserklärung als politisches Projekt beschrieben ist, wird im von der Regierung hinterlegten Haushalt mit konkreten Zahlen belegt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir eine letzte allgemeine Feststellung: Niemals hat die Regierung es dem Parlament – sowohl den Mehrheitsparteien als auch der Opposition – so leicht gemacht, die Regierungsarbeit zu kontrollieren und auf den Prüfstand zu stellen. Seit der Verabschiedung des Regionalen Entwicklungskonzepts und der regelmässigen Veröffentlichung der Fortschrittsberichte kann jeder Parlamentarier der

Regierung jederzeit in die Karten schauen. Niemals war Regierungspolitik so transparent!

Wie eingangs erwähnt, möchte ich jetzt einen Blick auf die Beschäftigungs- und auf die Unterrichtspolitik werfen. Die Beschäftigungspolitik und besonders der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind und bleiben zentrale politische Aufgaben. Im Zuge der Sechsten Staatsreform wurden der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Bereich der Beschäftigung

wichtige Befugnisse übertragen, die es erlauben, eine auf die Belange unserer Gemeinschaft ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik zu gestalten. Am 23. Januar 2017 wurde das Dekret zur Vereinfachung des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet. Vereinfacht ausgedrückt:

Die Aufgaben der vier bestehenden lokalen Beschäftigungsagenturen und die Auszahlung der LBA-Schecks werden ab dem 1. Januar 2018 vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen. Dies ist ein wichtiges Element zur Gestaltung

des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungspolitik in unserer Gemeinschaft.

Des Weiteren konnte gemeinsam mit den Sozialpartnern in einer eigens geschaffenen Arbeitsgruppe ein Grundlagenkonzept für eine neue Zielgruppenpolitik erarbeitet und das bestehende System der Aktivierungspolitik neu ausgerichtet und vereinfacht werden. Im Fokus der zukünftigen Aktivierungsmassnahmen in unserer Gemeinschaft stehen jugendliche

Arbeitsuchende unter 25 Jahren, Arbeitsuchende ab 50 sowie Arbeitsuchende mit multiplen Vermittlungshemmnissen. An diesem Beispiel lässt sich exemplarisch zeigen, dass Zuständigkeitsübertragungen keineswegs ein Selbstzweck sind, sondern die Vorbedingung für die Schaffung passgenauer Massnahmen, die sich an den besonderen Bedürfnissen

der Menschen in unserer Gemeinschaft orientieren. Und nur darauf kommt es an.

Das, Herr Franzen, ist der echte Mehrwert der Autonomie!

Das war früher so und das ist auch heute so. Zudem sind Debatten um einen weiteren Autonomieausbau in der Deutschsprachigen Gemeinschaft meines Erachtens keine selbstgefälligen Debatten, sondern sie stellen wirklich nur das Interesse der Menschen in unserer Gemeinschaft in den Fokus. Das darf man niemals aus dem Blick verlieren, wenn man über die Sinnhaftigkeit

oder fehlende Sinnhaftigkeit eines weiteren Ausbaus der Autonomie diskutiert.

Eine weitere wichtige Massnahme im Bereich der Beschäftigungspolitik wird die Regularisierung von BVA-Stellen sein. Aber auch im Bildungsbereich stehen grosse Herausforderungen an, denen sich die Regierung stellen wird. Ich möchte an dieser Stelle nur auf einige Aspekte eingehen.

Auf der Grundlage des seit 2004 entwickelten bildungspolitischen Gesamtkonzepts wird nun mit vielen Akteuren eine Gesamtvision für unser Bildungssystem entworfen. Die drei Säulen des umfassenden Bildungskonzepts waren und sind: erstens, die Stärkung der Autonomie der Einzelschulen und damit einhergehend eine grössere Eigenverantwortung jeder einzelnen Schule; zweitens, die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen und der weitere Ausbau der Unterstützungsangebote für Schulen und Lehrer; und drittens, die Schaffung von Evaluationsinstrumenten.

Dieses Konzept wurde in den vergangenen Jahren grösstenteils verwirklicht. Aufbauend auf dieser Grundlage soll nun eine Gesamtvision für unser Bildungswesen entworfen werden.

Diese Vision reicht von den Arbeiten an einer umfassenden Dienstrechtsreform mit dem Titel „Gutes Personal für gute Schulen“ bis hin zu Fragen, die den Schuljahresrhythmus, die Schulwochentaktung oder die bestehenden Zertifizierungssysteme betreffen.

Die Bildungsgerechtigkeit wird auch in der kommenden Sitzungsperiode ein Schlüsselthema sein. Seit Beginn dieses Schuljahres wird der Nachteilsausgleich in unseren

Schulen eingeführt und ab dem kommenden Schuljahr wird der Notenschutz zum Schulalltag aller Primar- und Sekundarschulen gehören.

Die in der Regierungserklärung vorgeschlagene Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten von drei auf zweieinhalb Jahre ist mit Sicherheit die in der Öffentlichkeit am meisten kommentierte Massnahme. Der Ministerpräsident hat völlig zu Recht mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass dieses Vorhaben nur dann gelingt, wenn den Kindergärtnerinnen

mit der Absenkung des Eintrittsalters zeitgleich eine strukturelle Unterstützung zur Seite gestellt wird. Zu diesem Zweck soll das Amt des Kindergartenhelfers eingeführt werden. Dadurch werden zudem neue Berufsperspektiven für die Absolventen dieser Ausbildung geschaffen. Dass mit dieser Massnahme ein wesentlicher Beitrag zum Ausbau der Kleinkindbetreuung in unserer Gemeinschaft einhergeht, muss an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden.

Fraktionsübergreifend wird die Bedeutung der Mehrsprachigkeit für die ostbelgische Grenzbevölkerung hervorgehoben. Dies ist und bleibt ein politischer Dauerbrenner. Zusätzlich

zu den bereits erfolgten Untersuchungen der Französischkenntnisse unserer Schuler soll voraussichtlich noch in diesem Schuljahr eine Vollerhebung der Französischkenntnisse

im letzten Jahr der Primar- und der Sekundarschule durchgeführt werden, um eine empirisch verlässliche Basis für weitere Massnahmen im Bereich des Fremdspracherwerbs zu haben.

Eine weitere wichtige Massnahme, die ebenfalls eng mit der Bildungsgerechtigkeit verknüpft ist, betrifft die Senkung der Schulkosten. Nachdem ab 2014 der Fokus besonders

auf den Kindergarten und auf die Primarschule gerichtet war, muss jetzt der Blick verstärkt

auf die Sekundarschulen gerichtet werden. Eine vom Bund der Familien durchgeführte Umfrage zu den Schulkosten bietet dafür die erforderliche Datenbasis. Jetzt geht es darum – und das ist wichtig –, gemeinsam mit den Schulakteuren nach geeigneten Mitteln und Wegen zu suchen, um die Kosten auch auf dieser Schulebene so weit wie möglich zu senken. Es gilt nämlich weiterhin die Prämisse: Schulbildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Diese Auflistung aus den Bereichen der Beschäftigungs- und der Bildungspolitik ist bei Weitem nicht vollständig. Diese wenigen Beispiele zeigen jedoch, dass Ministerpräsident Paasch zu Recht sagte, dass in dieser Sitzungsperiode grundlegende Reformen und richtungsweisende Weichenstellungen auf der politischen Agenda stehen. Die ProDG-Fraktion freut sich darauf, mit aller Kraft und mit voller Energie an diesem spannenden Prozess mitzuwirken.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)*